

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lichtenecker, Freundinnen und Freunde

betreffend Staffelung der Forschungsprämie nach Betriebsgröße

eingbracht im Zuge der Debatte über das Bundesfinanzgesetz 2011 - BFG 2011

Die von der Regierung geplante Anhebung der Forschungsprämie von 8 auf 10 Prozent führt laut Finanzministerium zu einem Steuerentfall von 80 Mio. Euro pro Jahr. Rund drei Viertel dieser zusätzlichen Förderung (60 Mio. Euro) wird – wie in den vergangenen Jahren (vgl. OECD Länderbericht 2007) – alleine an die 20 größten Forschungsunternehmen fließen. Durch eine Staffelung nach Betriebsgröße könnten die Kosten stark reduziert und gleichzeitig kleine innovative Unternehmen mit großem Wachstumspotential stärker gefördert werden.

Die österreichische Bundesregierung hat die steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen in den letzten Jahren bereits stark ausgeweitet. Die Förderung von F&E im Unternehmenssektor (firmeneigener Bereich) stieg von 404 Mio. Euro (2002) auf 598 Mio. Euro (2007) und damit um 48 Prozent an.¹ Kein anderes Land der OECD fördert firmeneigene F&E großzügiger als Österreich.

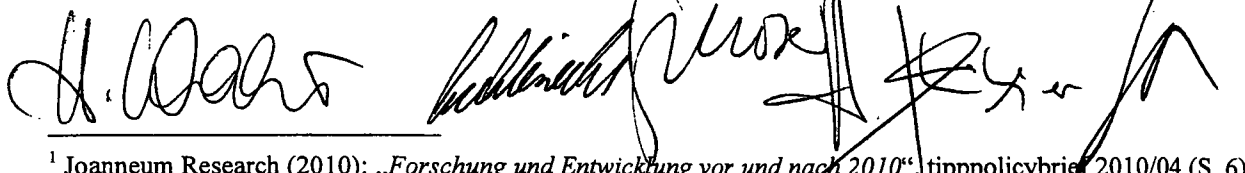
Im Gegenteil, die in Sachen Forschung und Entwicklung führenden europäischen Nationen stehen bei der indirekten steuerlichen F&E-Förderung bewusst auf der Bremse um Ineffizienzen und starke Mitnahmeeffekten zu verhindern (vgl. Fellingner 2009², OECD 2007³). Finnland, Schweden und Deutschland geben für diesen Bereich wesentlich weniger Ressourcen aus. Diese Länder investieren stattdessen verstärkt in öffentliche Forschungseinrichtungen und in die universitäre Grundlagenforschung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Gesetzesvorlage vorzulegen, der zufolge die Forschungsprämie für kleine Unternehmen 12 Prozent, für mittlere Unternehmen 10 Prozent und jene für große Unternehmen 8 Prozent beträgt.“



¹ Joanneum Research (2010): „Forschung und Entwicklung vor und nach 2010“, tipppolicybrief 2010/04 (S. 6)

² Fellingner Michaela (2009): *Steuerliche Förderung von Forschung & Bildung*. Neuer Wissenschaftlicher Verlag. Wien. Graz. 261 S.

³ OECD (2007): OECD Economic Surveys – AUSTRIA, Volume 2007/15, July 2007